

Jahresbericht 2002 des Sekretariates

Solidarité sans frontières
Zusammenschluss von AKS und BODS
Neuengasse 8 -
3011 Bern -
Tel. 031 311 07 70 -
Fax 031 311 07 75
E-Mail: sekretariat@sosf.ch
www.sosf.ch

Das Jahr 2002 endete nicht in Aufbruchstimmung: Die äusserst knappe Ablehnung der SVP-Initiative gegen Flüchtlinge hat in unseren Kreisen grosse Bedrücktheit ausgelöst. Die Abstimmungskampagne hat die Fremdenfeindlichkeit hochgepeitscht; die Gegenkampagne hat sehr viel Ressourcen von Solidarité sans frontières und Flüchtlingsorganisationen beansprucht. Das hauchdünne NEIN und das überwiegende JA in der Deutschschweiz haben uns alle bestürzt. Asylsuchende und Flüchtlinge sind als konkrete Personen in der Öffentlichkeit zu wenig sichtbar geworden. Das Gegenteil hat im Jahr 2001 die Sans-papiers-Bewegung bewiesen: Selbstbewusstes Auftreten in eigener Sache und die lebensnahen Geschichten und Bilder erwecken Sympathien für die Betroffenen. Der gemeinsame Abstimmungskampf aller im Asylbereich Engagierter hat jedoch unsere gegenseitige Verbundenheit gestärkt und gezeigt, dass wir eine beachtliche politische Kraft sind. Die breite und grosszügige Unterstützung durch die Mitglieder und SympathisantInnen von Solidarité sans frontières beweist, dass die Achtung der Menschenwürde Aller in der Schweiz fest verankert ist. Allen UnterstützerInnen und SympathisantInnen danken wir für ihr grosses Engagement herzlich. In den Jahren 2002/03 hat sich die Sans-papiers-Bewegung international vernetzt. Die Vernetzung zwischen Sans-papiers-Kollektiven und den Hilfswerken, Kirchen, Gewerkschaften, NGOs sowie ParlamentarierInnen in der "Plattform" eröffnete neue politische Perspektiven. Die Sans-papiers-Diskussion hat die Wichtigkeit von wirtschaftspolitischen Faktoren in der Migrationspolitik hervorgehoben. Diese Optik wird auch weiterhin die Auseinandersetzung zur Revision des Ausländergesetzes (AuG) prägen.

1. Retraite

Das Jahr 2002 setzte für Solidarité sans frontières so richtig kraftvoll mit der im Januar in Fribourg durchgeführten Retraite ein, an der gegen zwanzig lokale Gruppen vertreten waren. Sie diskutierten die Frage, wie weit sie sich gleichzeitig in politischer Arbeit und "Einzelfallhilfe" engagieren können. Hervorgehoben wurde dabei die Wichtigkeit einer systematischen Dokumentation konkreter Fallgeschichten. Die Retraite hat die Zusammenarbeit der regionalen Gruppen gestärkt. Im Verlauf des Jahres haben sich die verschiedenen Gruppen mehrere Male zu gemeinsamen Projekten zusammengefunden.

Weiteres Retraite-Thema war "Dublin und Schengen", ein Thema, das uns das ganze Jahr beschäftigte. Marie-Claire Caloz-Tschopp und Heiner Busch regten mit Kurzreferaten die Diskussion an. Im Januar 2003 findet wiederum eine Retraite statt, diesmal in Bern.

2. Dreiländer-Manifest und grenzüberschreitende Demo am 15. Juni 2002

Das Dreiländer-Manifest wurde von rund 80 Organisationen der Region Elsass, Südbaden und Nordwestschweiz unterzeichnet, an die Demo kamen rund 2'000 Personen. Bis die Demo, die auf den Schweizer Flüchtlingsstag fiel, soweit war, hatten unzählige Vorbereitungssitzungen in Basel und Freiburg i. Br. stattgefunden. Einige Wochen zuvor gab es eine Vorbesprechung mit rund 20 Polizeibeamten aus den drei Ländern (BRD, FR, CH). Die Pressekonferenz zwei Tage vor der Demo vermochte in der regionalen Öffentlichkeit viel Interesse zu wecken.

Am Samstag machten sich die Dreiländer-DemonstrantInnen mit oder ohne Pass auf einen langen und symbolischen Marsch über die Barrieren hinweg. Sie passierten – für einmal ohne Kontrolle – die Aussengrenze der EU zur Schweiz und die EU-Binnengrenze zwischen Frankreich und Deutschland, um an den traurigen Monumenten des Grenzregimes ihre Solidarität mit Flüchtlingen und MigrantInnen zu zeigen.

Letzte Station auf diesem Weg und zugleich markantestes Zeichen der Ausgrenzung war das mit mehreren Absperrzäunen und Hochsicherheits-Stacheldraht abgeschirmte Ausschaffungsgefängnis neben der Basler Flüchtlingsempfangsstelle in unmittelbarer Nähe der schweizerisch-deutschen Grenze.

Es war die längste Demo am heissesten Tag des Jahres. An verschiedenen Orten des etwa sechs Kilometer langen Marsches wurde Halt gemacht und den Redebeiträgen von OrganisationsvertreterInnen aus den drei Ländern zugehört. Als weiteres Projekt planen die OrganisatorInnen der Dreiländerdemo eine gemeinsame Wanderausstellung über migrationspolitische Entwicklungen und Gegenbewegungen in der Dreiländerregion für das Jahr 2003.

3. Sans-papiers

Nach der herben Abfuhr der Regularisierung von Sans-papiers im Nationalrat am 10. Dezember 2001 war die parlamentarische Arbeit erschöpft. Das Rundschreiben der Bundesämter (BFA und BFF) zur Härtefallregelung hat mehr Probleme geschaffen als gelöst. Das Sekretariat von Solidarité sans frontières und ein paar Sans-papiers-Kollektive reichten Anfang Jahr zahlreiche Sans-papiers-Gesuche für eine Legalisierung ein. Der Einzelfall-Arbeit war geringer Erfolg beschieden, sie absorbierte enorm viel Arbeitskraft. Mehrere Mitglieder von Solidarité sans frontières engagierten sich mit grossem Einsatz in der Sans-papiers-Bewegung, führten zahlreiche Aktionen und Medienkonferenzen durch und stellten das internationale Sans-papiers Treffen am Pfingstwochenende auf die Beine. Die internationale Zusammenarbeit intensivierte sich.

Um die verfahrenere Situation in der Schweiz zu deblockieren, bereitete Solidarité sans frontières zusammen mit Kirchen, Gewerkschaften, Hilfswerken, NGOs und der Grünen Partei Schweiz an zahlreichen Plattform-Sitzungen eine gemeinsame Tagung im November und einen Runden Tisch im Dezember vor. VertreterInnen der Sans-papiers-Kollektiven haben an der Vorbereitung und an der Tagung teilgenommen. Die treibende und aktivste Kraft im Zusammengehen war Anne-Catherine Menétrey, Nationalrätin der GPS. Die Plattform (der die Sans-papiers-Kollektive nicht angehören) soll weiterhin, in Zusammenarbeit mit der Sans-papiers-Bewegung, politische Schritte unternehmen. Die Aktivitäten rund um die Fragen der Sans-papiers hat Sosf in zwei Bänden dokumentiert, die zum Preis von Fr. 25.- im Sekretariat bestellt werden können.

Unser Vorstandsmitglied Martin van Egmond berichtet über die Aktivitäten des Solidaritätsnetzes Bern: Die Alltagsarbeit, insbesondere im Gesundheitsbereich, ist noch weit entfernt von befriedigenden Lösungen. Der Aufwand für Betreuung ist, aufgrund der wenig toleranten Haltung der Behörden, übermässig gross. Den Sans-papiers geht es schlecht. Sie verschwinden wieder spurlos in der Anonymität; manche vegetieren ohne Arbeit dahin. Im Zuge der Kontrollpolitik gegen

"Schwarzarbeit" haben Kleinunternehmer empfindliche Bussen eingesteckt, während die Grossunternehmer keine Sans-papiers ausgenützt haben wollen. "Ein letzter Funke Hoffnung ist, dass sich das EDA um die Schliessung der Lücken in der Menschenrechtspolitik bemüht. Die Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta von 1961, des Übereinkommens zum Schutze der Rechte der MigrantInnen des Europarats von 1977 sind Vorbedingungen für die Ratifizierung der UNO-Konvention der Rechte der MigrantInnen von 1990. Die Konvention, das AuG, die Asylgesetzrevision sowie der gelungene Film "Menschen im Schatten unserer Gesellschaft" sind Themen der Jahresversammlung des Solidaritätsnetzes Region Bern."

4. Totalrevision des Ausländergesetzes (AuG)

Am 8. März 2002 veröffentlichte der Bundesrat seine dicke Botschaft zur Totalrevision des Ausländerinnengesetzes. Etwas später, im Juni 2002, trat der bilaterale EU-Vertrag zur Personenfreizügigkeit in Kraft. Somit bestehen zwei verschiedene Ausländerrechtskonzepte nebeneinander:

- Das EU-Recht beruht auf einem weit gehenden Gleichstellungsprinzip aller zuwandernden EU-BürgerInnen mit den SchweizerInnen.
- Das Ausländergesetz für nicht EU-Angehörige basiert auf einem ausgeprägten 2-Klassen-System, in welchem patriarchale Strukturen zur Wirkung kommen.

Die Botschaft zum AuG ist nach dem 8. März der nationalrätlichen Kommission (SPK) vorgelegt worden. Das Sekretariat hat, zusammen mit GBI und FIZ, in aufwändiger Arbeit zuhanden von Kommissionsmitgliedern Änderungsanträge zu den meisten der 120 Gesetzesartikel erarbeitet. Die Kommissionsarbeit ist Ende 2002 noch nicht abgeschlossen.

Lobbying allein reicht nicht aus, um politisch etwas zu bewegen. Deshalb hat das Sekretariat im Juni 2002 begonnen, sich mit Frauen verschiedener Organisationen auf eine Kundgebung am 15. März 2003 vorzubereiten. Die Kundgebung soll die migrationspolitischen Auswirkungen der anstehenden Gesetzesrevisionen auf Frauen sichtbar machen. In einem ersten Schritt haben die Vertreterinnen von FemCo, FIZ, cfd, Nosotras und Sosf einen Kundgebungsaufruf mit Forderungen erarbeitet und weitere Texte aus der Perspektive von Frauen formuliert. In einem ersten Versand sind rund 1'000 Organisationen aufgerufen worden, die Kundgebung "Rechte statt Schranken" zu unterstützen und mitzutragen.

Verschiedene Organisationen haben das Sekretariat im Verlauf des Jahres ersucht, zum Thema AusländerInnenrecht zu referieren. Wir haben diesen Wünschen stets mit Freude Folge geleistet und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Frauenperspektive gelegt. Sehr fruchtbar sind die Diskussionen in MigrantInnengruppen: Ihre Nachfrage nach mehr Auseinandersetzung mit bestehenden und geplanten Gesetzesartikeln ist sehr gross. MigrantInnen vermitteln in der konkreten Auseinandersetzung mit den trockenen Gesetzestexten wertvolle Erkenntnisse und eine starke Motivation zum Widerstand.

Der Wunsch unter MigrantInnen und Sans-papiers, sich mit Gesetzen und Rechten vertraut zu machen, hat das Engagement von Solidarité sans frontières in "legal literacy" verstärkt.

Unser Vorstandsmitglied Peter Gessler vertrat Sosf in der Tagung zum neuen Ausländergesetz am 31. Mai - 1. Juni in der Paulus-Akademie Zürich. In einem Podiumsgespräch skizzierte er vier Probleme, die in der Migrationspolitik zu lösen sind: die Diskriminierung der sog. Drittstaatsangehörigen; die Vernachlässigung demographischer Fakten; die Rechtsstellung und den Rechtsschutz von Personen ohne geregelten Aufenthalt; die Förderung der Integration. Ein zeitgemässes Migrationsgesetz - hielt er zusammenfassend fest - solle Kriterien für die Zuwanderung umschreiben und die Zuständigkeit des Bundes und der Kantone abgrenzen. Es soll davon ausgehen,

- dass Immigranten/Immigrantinnen für unser Land eine wirtschaftliche und kulturelle Bereicherung sind; (Die wirtschaftliche Bereicherung, welche die Schweiz durch Immigranten erfährt, ist so beträchtlich, dass auch die Frage von Kompensationszahlungen an die Herkunftsländer zu diskutieren ist, z.B. für Ausbildungsprogramme);
- dass eine Aufenthaltsbewilligung nicht an einen bestimmten Aufenthaltswitz gebunden sein soll;
- dass die Grundrechte für alle Menschen gleich gelten, für Einheimische und für Zugezogene;
- dass alle Einwohner (und auch Personen ohne geregelten Aufenthalt) Anspruch auf rechtsgleiche Behandlung und auf den Schutz ihrer Rechte haben.

5. Asylgesetz-Revision und Initiative gegen Flüchtlinge

Bei der Jahresplanung im Frühjahr beschloss die Vereinsversammlung, nicht zu viele Ressourcen und Kräfte in den Abstimmungskampf gegen die SVP-Asylinitiative zu investieren. Man ging davon aus, dass die Bürgerlichen, welche die Initiative im Parlament vehement abgelehnt hatten, eine starke Gegenkampagne führen würden. Es kam dann anders: Anfangs August realisierte das Sekretariat, dass es sich in eine Gegenkampagne reinknieen musste. Dabei besann es sich auf die Stärken von Sosf, die genutzt werden sollten:

- Sosf ist stark vernetzt mit lokalen Asylgruppen und anderen NGOs, die sich für die Sache engagieren;
- Sosf ist vernetzt mit Exilorganisationen, deren VertreterInnen sich auch öffentlich exponieren;
- Sosf kann seine Kampagne gegen die Initiative mit der begründeten Ablehnung des Entwurfs zur Asylgesetzrevision verbinden;

Die Mobilisierung verlief im Ferienmonat August schleppend. Am 4. September legte der Bundesrat seine Botschaft zur Asylgesetzrevision vor. Im Vergleich zum ersten Entwurf enthält sie zusätzliche Verschärfungen.

Im August plante das Sekretariat mit der WoZ die Abstimmungszeitung. Sie erschien Ende Oktober in einer Zusatzaufgabe von 65'000 Exemplaren. Sosf war für ihre rasche und breite Verteilung verantwortlich. Der Cartoonist Nico stellte uns freundlicherweise seine Zeichnungen für das Kampagnenmaterial zur Verfügung. Im September gelang die Mobilisierung dennoch; nach der ersten GFS-Umfrage stieg sie dann sprunghaft an. Ende September schloss sich Solidarité sans frontières mit der SPS und der GPS sowie zahlreichen NGOs und mit Gewerkschaften im linken Komitee "Nein zur Anti-Asyl-Initiative" zusammen, und anfangs Oktober ging unser Kampagnenmaterial (Flyer und Postkarten) in Druck. Urs Bütikofer von Oranis Offset und von der Toleranz95 aus Chur leistete ausgezeichnete Layout- und Druckarbeit. Bis Mitte Oktober waren genug Beiträge von SchriftstellerInnen für eine Broschüre beisammen; gleichzeitig verschickten wir unsere Kampagnenunterlagen an 4'000 Mitglieder und SympathisantInnen. In verschiedenen Regionen wurden wir zum Thema an Veranstaltungen eingeladen. Danach wurden wir von Bestellungen regelrecht überschwemmt. Die grosse Solidarität für die Rechte der Asylsuchenden, die wir durch die tägliche Post erfahren konnten, stimmte uns zuversichtlicher. Umso schlimmer war dann das knappe Abstimmungsergebnis. Ohne das riesige Engagement der SympathisantInnen und befreundeten Organisationen von Solidarité sans frontières wäre die Initiative angenommen worden.

Als "Dank" an die Hilfswerke, die Asylbewegung und die Linke, die einen erfolgreichen Abstimmungskampf geführt hatte, kündete Bundesrätin Metzler nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses zusätzliche Verschärfungen der asylgesetzlichen Entwürfe an. Solidarité sans frontières, Hilfswerke und weitere Organisationen haben mit riesigem Engagement einen Abstimmungskampf finanziert und organisiert, dessen Erfolg die Bürgerlichen abkassieren und in eine Politik gegen Flüchtlinge ummünzen wollen. Somit setzt sich der Kampf von Solidarité sans frontières gegen die Verschärfung des Asylgesetzes fort.

Rayonverbot in Meilen

Behörden führten die Misstrauenskampagne gegen Asylsuchende auch nach der Abstimmungskampagne zur SVP-Initiative weiter. Anfang Dezember vernahm das Sekretariat, dass der Meilener Gemeinderat einen Erlass zu Sperrzonen in Meilen für alle Asylsuchende geschrieben hat. Mit dem Meilener Sospf-Mitglied Katja Favre und Nicole Ziegler von der WoZ begab sich die Sospf-Sekretärin an die Meilener Gemeindeversammlung. Das Vorhaben wurde dort vom Gemeinderat des Langen und Breiten als ausgewogenes Sicherheitsprojekt präsentiert, das auch die Asylsuchenden vor ungerechtfertigten Übergriffen schützen solle. Zu einer Diskussion reichte die Zeit dann kaum noch - abgesehen vom dezidierten Votum von Katja Favre. Der WoZ-Artikel löste ein grosses Medienecho aus. Der Gemeindepräsident musste schliesslich auf den heissen Stuhl in der Rundschau; er hat den rechtlich nicht haltbaren Erlass zurückgezogen und pflegt nun Ausgrenzungsregeln informeller Art. Immerhin gelang es Sospf in Zusammenarbeit mit der WoZ, dass ein politisches Zeichen gegen die sich immer mehr einschleichenden Apartheidspraktiken gesetzt wurde.

6. Einschulung von Kindern aus Asylzentren

Auf die Aufforderung des Vorstandsmitgliedes Marina Widmer im Frühjahr 2002 hin ist das Sekretariat der Nicht-Einschulung von schulpflichtigen Kindern aus dem Asylzentrum in einer Berner Gemeinde nachgegangen. Bald stellte sich heraus, dass in mehreren Gemeinden und nicht nur im Kanton Bern schulpflichtige Kinder aus Asylzentren nicht eingeschult wurden. Das Sekretariat begab sich im Mai und Juli in zwei Gemeinden und sprach mit Betroffenen und der jeweiligen Zentrumsleitung, erstellte drei Berichte und setzte sich mit verschiedenen Organisationen und Institutionen in Verbindung, u.a. mit dem VPOD. Am 8. Oktober 2002 führte der VPOD, zusammen mit Solidarité sans frontières und dem Centre de Contact Suisses-Immigrés Genf, eine Medienkonferenz unter dem Titel "Recht

auf Bildung – aber nicht für alle Kinder in der Schweiz" durch. Der VPOD legte anhand von Umfrageergebnissen dar, dass es in verschiedenen Deutschschweizer Gemeinden mit der Einschulung nicht nur von Kindern aus Asylzentren, sondern auch von Sans-papiers-Kindern hapert.

Der Berner Grossrat Bernhard Pulver (GFL) erkundigte sich am 10. Juni 2002 in einer Interpellation nach der Einschulungspraxis von Asylbewerberkindern. Der Berner Regierungsrat antwortete am 23. Oktober 2002, grundsätzlich seien alle sich im Kanton Bern aufhaltenden Kinder im schulpflichtigen Alter in die Schule aufzunehmen; die entsprechenden völkerrechtlichen Bestimmungen würden weder nach Staatsangehörigkeit noch nach Aufenthaltsstatus unterschieden. "Daraus leitet sich die Pflicht für die bernischen Behörden ab, grundsätzlich alle sich tatsächlich im Kanton Bern aufhaltenden Kinder im schulpflichtigen Alter in die Schule aufzunehmen".

7. Nationale Ombudsstelle

Das Sekretariat lobbyierte weiter (intensiv im Februar 2002) für eine nationale Ombudsstelle. Der Bundesrat erteilte dem Vorhaben am 22.8.2002 offiziell eine erneute Absage: Er will kein Ombudsgesetz erarbeiten lassen, da er "bezweifelt, dass die Schaffung einer Ombudsstelle nötig ist, um die Kommunikation zwischen Bevölkerung und Behörden zu verbessern und Streitigkeiten zu vermeiden". Das Geschäft liegt aber nach wie vor beim Nationalrat (Subkommission der SPK NR).

8. Aktivitäten in Genf

Unser Vorstandsmitglied Yves Brutsch berichtet: In Genf koordiniert die Coordination asile.ge Organisationen, die direkt oder indirekt mit Solidarité sans frontières verbunden sind. Alle zwei Wochen finden Treffen statt, welche die Kommunikation zwischen den Anlaufstellen für Asylsuchende, den Hilfswerken und den Solidaritätsgruppen aufrecht erhalten. Anfangs Jahr bildete sich eine Gruppe "scribes pour l'asile", die zwei Mal wöchentlich Asylsuchende beim Verfassen ihrer Eingaben unterstützt (Garantieerklärungen, Gesuche um Jahresaufenthaltsbewilligungen, Eingaben für Reisedokumente etc.). Die Gruppe unterhält im Haus "de la Roseraie" eine Art öffentliche Schreibwerkstatt; sie ist mittlerweile zu einem wichtigen Treffpunkt, zur Weiterbildungs- und Aktionsstätte geworden. Initiantin und Motor des Projekts ist AGORA (aumônerie des réfugiées). ELISA, die gezielt mit den Neueinreisenden arbeitet, veranstaltete am 8. Mai 2002 mit Nationalrätin Ruth-Gaby Vermot ein Informationstreffen zu Ausschaffungshaft,

Ausschaffungen und zu diesbezüglichen Stellungnahmen und Vorhaben des Europarats. Michel Ottet regte die Coordination asile.ge an, eine breites Gegnerkomitee für die Abstimmungskampagne zur SVP-Initiative zu bilden. Die Coordination initiierte die Ausstattung einer Trambahn mit Aufschriften; während zwei Samstagen kurvte sie durch Genf und verteilte im Expresstempo Flugblätter an den Haltestellen.

9. Menschenrechtsarbeit

Die politische Sekretärin von Sosf hat ihre Mitarbeit im Ausschuss des Forums gegen Rassismus wegen der zu grossen Arbeitsbelastung Mitte Jahr eingestellt. In Zusammenarbeit mit der NGO-Koordination post Beijing und der Menschenrechtsorganisation MERS arbeitete das Sekretariat an einem NGO-Bericht zu Handen von CEDAW, dem UNO-Ausschuss gegen die Diskriminierung von Frauen. Der Bericht, der im Januar 2003 vor den Ausschuss in New York kommt, kann bei Sosf bestellt werden.

10. Erinnerungen an Ueli Schwarz

Am 3. März 2002 ist Ueli Schwarz tödlich verunfallt. Als Gründer und langjähriger Leiter der Bewegung für eine offene, demokratische und solidarische Schweiz (BODS) trug er massgeblich dazu bei, dass die Stimme für die Rechte der Rechtlosen nie verstummte. Ueli Schwarz setzte sich immer für Ausgegrenzte ein und hat es verstanden, andere Menschen für ein solches Engagement zu gewinnen. Nach seinem Austritt aus der BODS half er, die Asylhilfe aufzubauen, wo er bis kurz vor seinem Tod engagiert war. In Gedenken an Ueli Schwarz hat Solidarité sans frontières eine kleine Broschüre herausgegeben. Sie ist gratis auf dem Sekretariat erhältlich.

11. Erinnerungen an Rosmarie Kurz

Rosmarie Kurz, ehemaliges Gründungsmitglied der BODS, ist am 17. November 2002 verstorben. Sie hat sich stets für diejenigen eingesetzt, die keine Stimme haben. Nebst ihrer Tätigkeit für den cfd, als Mitbegründerin der cfd-Frauenstelle für Friedensarbeit, als tragende Figur in einer Vielzahl von Friedens- und

Frauenprojekten engagierte sie sich immer auch für MigrantInnen und Flüchtlinge - in der Schweiz und im Ausland.

12. Bulletins

Mit der Redaktionsarbeit von Manuela Reimann gewann das Sosp-Bulletin viel an Lesbarkeit und Gestaltung. Die vier Bulletins berichteten laufend zu den Themen Sans-papiers, Asyl- und Ausländergesetz-Revisionen. Dank den vielen Beiträgen von lokalen Gruppen wurde das enorme Engagement an der Basis sichtbar. Die ÜbersetzerInnen Olivier von Allmen, Sylvie Colbois, Annette Scharfenberger und neu auch Marianne Enckell sorgten jeweils für eine gut verständliche französische Ausgabe.

13. Vereinsaktivitäten

Am 26. April 2002 trafen wir uns zur Vereinsvollversammlung mit dem Hauptthema: "Wie weiter mit Solidarité sans frontières?". Anstelle von Margrith von Felten, welche als Co-Präsidentin zurückgetreten war, konnten wir als Nachfolger Peter Nideröst, Rechtsanwalt in Zürich, gewinnen. Peter Nideröst engagiert sich für MigrantInnen und Asyl Suchende, ist Mitglied der Demokratischen Juristen und Juristinnen Schweiz und im MieterInnenverband des Kantons Zürich aktiv. Der Vorstand, bestehend aus 28 Mitgliedern, traf sich nebst der Vollversammlung und der Retraite noch zwei Mal zu einer Sitzung. Der Ausschuss tagte insgesamt vier Mal, um sich der laufenden Geschäfte anzunehmen. Die Finanzbeschaffung wurde wiederum im Finanzausschuss von Hannes Heuberger, Martin van Egmond und Elfie Schöpf mit grossem Engagement betreut. Wir können dieses Jahr mit einer komfortableren finanziellen Situation abschliessen. Ein herzlicher Dank an dieser Stelle auch an Verena Flück. Sie ist uns eine grosse Hilfe bei der Finanzbeschaffung.

Am 10. Januar 2003 sind in Anerkennung ihrer wertvollen Dienste die vielen HelferInnen, die das Sekretariat bei seiner Alltagsarbeit tatkräftig unterstützen, zu einem gemütlichen Abend mit türkischem Essen eingeladen.

14. Homepage www.sosf.ch

Unsere Webmasterin Flavia Vattolo hat unsere Homepage völlig neu bearbeitet und gestaltet. Auch seitens der Sekretariatsmitarbeiterinnen wurden unzählige Stunden in den Neuaufbau gesteckt. Unter der Rubrik "who is who" kann neu unser Adressenverzeichnis mittels eines Zugangscodes abgerufen werden. Alle Einträge werden regelmässig aktualisiert und angepasst.

Bern, im Dezember 2002
das Sekretariats-Team